

# Bücher zur Finanzkrise



*In den hochdramatischen Tagen der beiden Septemberwochen 2008 stand das internationale Finanzsystem vor der Katastrophe. Damals konnte man sich nicht vorstellen, wie schnell die Finanzbranche zum „Business as Usual“ zurückkehren würde – mit allen unrühmlichen Gepflogenheiten! Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer hat für diese Ausgabe deshalb vier Bücher zur Finanzkrise unter die Lupe genommen:*

- *„Der FCIC Report“ fasst die wichtigsten Ergebnisse aus dem offiziellen Untersuchungsbericht der US-Untersuchungskommission zur weltweiten Finanzkrise zusammen.*
- *Die Autoren Carmen M. Reinhart und Kenneth S. Rogoff bieten in „Dieses Mal ist alles anders“ eine Fundgrube zur Empirie von Finanzkrisen.*
- *„Markt ohne Moral. Das Versagen der internationalen Finanzelite“ von Susanne Schmidt (Deutscher Wirtschaftsbuchpreis 2010) ist hoch empfehlenswert für eine breite Leserschaft: Kenntnisreich im Detail, die größeren volkswirtschaftlichen Zusammenhänge im Blick, zugleich verwurzelt in der gesellschaftlichen Realität!*
- *Heide Simonis „Verzockt!“ ist für LeserInnen geeignet, die weniger an einer systematischen als vielmehr an einer emotionalen Schrift zur Finanzkrise interessiert sind.*

*Prof. Sauernheimer habilitierte sich 1980 am Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz. 1983 wurde er auf eine Professur (C4) für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Essen berufen. 1991 übernahm er eine Professur für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Von 1994 bis zu seiner Emeritierung im März 2010 wirkte er als Professor für Volkswirtschaftslehre wieder an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.*

*Von 1999 bis 2003 fungierte Prof. Sauernheimer als Vorsitzender des Ausschusses für Außenwirtschaftstheorie und -politik im Verein für Socialpolitik, von 2000 bis 2008 als stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des ifo-Instituts München. Von 1984 bis 2007 war er als Lehrbeauftragter an der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung (WHU), Koblenz tätig. Bis heute lehrt er als Dozent an den Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien in Koblenz und Wiesbaden.*

*karlhans.sauernheimer@uni-mainz.de*



bank und war zuletzt als Fernsehmoderatorin für den deutschen Kanal eines amerikanischen Finanzdienstleisters tätig. In all diesen Funktionen lernte sie das Innenleben des Finanzplatzes London kennen. Sie weiß also, worüber sie schreibt.

Wie sie das tut, ist fabelhaft. Mit leichter Hand verknüpft sie persönliche und familiäre Erfahrungen mit grundsätzlichen Erörterungen zur Funktionsweise von Finanzmärkten. Einerseits betrachtet sie – distanziert, auch ärgerlich – diesen Mikrokosmos von außen, andererseits ist sie – mit Engagement und Freude – Teil von ihm. So bricht sie einerseits die sozialen und gesellschaftlichen Verwerfungen der Finanzkrise auf die persönliche Ebene herunter und eröffnet gleichzeitig andererseits auf Insider- und Fachwissen gestützte Empfehlungen zur Reform der Branche. All das präsentiert sie in flüssiger, z.T. ironischer, niemals flapsiger Sprache. Schließlich nimmt der Leser auch mit Freude die Sorgfalt zur Kenntnis, die die Autorin ihrem Text in formaler Hinsicht hat angedeihen lassen. Der Adressat ihrer Schrift ist der interessierte Staatsbürger.

Zum Inhalt: Die Autorin beschreibt zunächst den Schauplatz des Geschehens, zunächst – ernsthaft – die Londoner City, dann – mit feiner Ironie – die Akteure, an der Spitze die modernen Investmentbanker: jung, weiß, männlich, mit dem Bonus als zentraler Triebfeder ihres Handelns, eine Spezies, der anzugehören weder Rezensent noch Autorin, zwar beide weiß, aus ansonsten aber unterschiedlichen Gründen, die Möglichkeiten hätten – wenn sie es denn wollten.

Sie benennt sodann das zentrale ökonomische Problem eines privatwirtschaftlich organisierten Bankensektors: Der Moral Hazard. Weil ein Staat eine große Bank nicht ohne weiteres, und den Bankensektor insgesamt schon gar nicht, pleite gehen lassen kann, werden dort übermäßige Risiken in Kauf genommen. Die Gewinne werden dann, wenn es gut geht, privat realisiert, wenn es schief geht, sozialisiert.

Dieses, in regionaler und zeitlicher Hinsicht generelle Bankenproblem erklärt freilich nicht, warum es gerade in den USA und warum gerade 2007/08 zum Ausbruch der Finanzkrise kam. Die Autorin verweist in diesem Zusammenhang zu Recht darauf, dass die Immobilienkrise in den USA sich ohne die Kapitalmarktliberalisierungs-Philosophien der Thatcher-, Reagan- und Bush-Administrationen sowie ohne ihre geldpolitische Unterstützung in der Greenspan-Ära nicht derart auf die Finanzmärkte der Welt hätte auswirken können, wie sie es tatsächlich getan hat. Erst durch die Öffnung des Investment-Geschäfts für die Geschäftsbanken in den USA, die Schaffung der neuen Instrumente der Verbriefung, der CDO und CDS, der Zulassung von Zweckgesellschaften und der unkontrollierten Ratings der drei großen Agenturen konnten sich die faulen Immobilienkredite in den Bankbilanzen vervielfältigt niederschlagen. Dies geschah, als der jahrelange Anstieg der Immobilienpreise zu Ende kam, und das war eben 2007.

Die Autorin sieht in der Subprime-Immobilienkrise in den USA nicht die Ursache der Finanzkrise, sondern nur ihren Auslöser. Die eigentlichen Ursachen liegen nach ihrer Meinung in der Politik des billigen Geldes und der Jagd nach höheren Renditen. Geld war in der Tat sehr billig geworden nach dem 11.9.2001 und die Erinnerung an die Gefahren von Finanzkrisen und die damit verbundene Vorsicht schwand mit dem Abtreten jener älteren Bankergeneration, die die Autorin bei ihrer Ankunft in London 1979 noch erlebt hatte. Die neue Generation war modellverliebt (jedenfalls im Sinne der Mathematik), risikofreudig und – geschichtsvergessen. So nahm das Unheil seinen Lauf.

Die Chronologie der Ereignisse in den beiden kritischen Septemberwochen 2008 beschreibt die Autorin zu recht als „hochdramatische Tage“. Sie bricht anschließend die Implikationen der Entscheidungen dieser Tage an der Wallstreet und in Washington herunter auf die Welt des Einzelnen, aber nicht abstrakt, sondern konkret für ihre ganz persönliche, familiäre Situation. Diese Passagen beeindruckten den Leser stark durch ihre Offenheit und ihre jeder Larmoyanz oder Anklage abholden Nüchternheit.

An mehreren Stellen geht die Autorin auf die falschen Anreize eines fehlkonstruierten Bonussystems ein, dessen am weitesten reichende Fehlsteuerung in der Kausalkette „Niedrige Eigenkapitalquote – hohe Gewinne – hohe Boni“ liegt. Die Ackermann'sche These, man müsse hohe Boni zahlen, wenn man die Besten für sein Haus gewinnen will, hält Schmidt für eine Schutzbehauptung. Vielleicht hat sie recht, vielleicht auch nicht. Der Link muss jedenfalls an einer anderen Stelle unterbrochen werden: Die Politik muss deutlich höhere Eigenkapitalquoten durchsetzen. Sie sind es, die Solvenz sichern, nicht niedrigere Boni. Boni werden letztendlich von den Eigentümern bezahlt. Wenn ihnen die Angestellten das wert sind, was sie ihnen bezahlen, so ist das ihre Sache. Wenn dem Staat die resultierende Ungleichheit der Einkommen zu hoch dünkt, soll er Steuern erheben, die das ausgleichen. Umverteilung ist Sache des Staates, nicht der Unternehmen.

Völlig zuzustimmen ist der Autorin jedoch, wenn sie die Rückkehr der Branche zum „Business as Usual“ und die dazu gehörenden Gepflogenheiten, und das bereits ein Jahr nach der gerade noch abgewendeten Finanzkatastrophe, für unerträglich hält. Und natürlich wäre z.B. auch die Deutsche Bank in Konkursgefahr geraten, hätte die deutsche Regierung nicht den Rettungsschirm über die Bankeinlagen gespannt, die HRE gerettet und die Commerzbank kapitalisiert.

Sehr überzeugend sind die Vorschläge der Autorin zu den Reformforderungen. Sie vermeidet emotional verständliche, populistische Forderungen genauso wie beschwichtigende Forderungen symptomkurierender Art. Ihre Vorschläge zielen darauf ab, den Finanzsektor zu stabilisieren, die volkswirtschaftliche Rolle dieses Sektors neu zu bewerten sowie die Akzeptanz der marktwirtschaftlichen Ordnung in der Gesellschaft zu erhalten. Der arg plakativ daherkommende Titel des Buches findet zum Glück hier nur wenig Widerhall. Es gibt nicht viele Bücher für eine breite Leserschaft, in denen die Finanzkrise so gut wie hier, kenntnisreich im Detail, die größeren volkswirtschaftlichen Zusammenhänge im Blick, und zugleich verwurzelt in der gesellschaftlichen Realität, erläutert wird.

Das Buch hat zu Recht den Deutschen Wirtschaftsbuchpreis 2010 gewonnen. (khs)

### **Heide Simonis: Verzockt! Warum die Karten von Staat und Markt neu gemischt werden müssen.**

Vandenhoeck & Ruprecht Verlag 2010. 160 Seiten

ISBN 978-3-525-30002-2

€ 19,99

Zu denen, die sich über Ursachen, Begleiterscheinungen und Wirkungen der jüngsten Finanzkrise empören, gehört auch Heide Simonis. In ihrem o.g. Buch gibt sie dieser Empörung berechtigt Ausdruck. Mit den Aussagen ihres Buches dürfte sie ziemlich genau die Ansichten der großen Mehrheit der Bürger zu dieser Krise wiedergegeben haben.

Was das Buch sein soll und was nicht, wird im Vorwort gesagt:

„... Mein Buch ist kein Tagebuch, auch keine Chronologie der Ereignisse. Es zeichnet vielmehr charakteristische und zugleich markante Szenen dessen, was geschah, und dessen, was zu lernen ansteht für die Akteure auf der lokalen, der nationalen und der internationalen Ebene. Profilierte Bestandsaufnahmen einer Krise und pointierte politische Kritik, das ist der „rote Faden“, ...“.

In 49 zwei- bis dreiseitigen Episoden mit Überschriften wie z.B. „Die Bonus-Szenerie“, „Krisenmanager im Hintergrund..“, „... und Abzocker im Vordergrund“, „... und dann rollt der HRE-Tsunami“, „Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt?“, „Weltweit im Focus: USA und China“, „Geld soll dienen, nicht herrschen“ kommentiert die Autorin Geschehenes und Geschriebenes. Das Geschehene liegt zwischen 9/08, der Lehman-Pleite, und 12/09 dem Abschluss des Manuskriptes, das Geschriebene sind vornehmlich Zeitungsartikel aus dieser Zeit, überwiegend aus der „Frankfurter Rundschau“ und der „Süddeutschen Zeitung“.

Die Lektüre des Buches hinterlässt einen sehr zwiespältigen Eindruck.

Einerseits beeindruckt die Authentizität und die Eloquenz, mit der die Verfasserin ihre Kritik an der Marktwirtschaft im Allgemeinen sowie an den Finanzmärkten im Besonderen vorträgt. Ihrer Kritik an der unzureichenden Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte sowie am fachlichen und gesellschaftlichen Gebaren einzelner Vertreter dieser Branche, kann man nur zustimmen. Das gleiche gilt für ihre Aussagen zu den ökonomischen Konsequenzen des Klimawandels, der besten Passage des Buches, sowie zu den genannten Missständen im bundesdeutschen Bildungs- und Erziehungswesen.

Andererseits nimmt man erstaunt die Einseitigkeit der Schuldzuweisungen und die Oberflächlichkeit der Kritik zur Kenntnis.

Für unzureichende Kontrollen der Finanzmärkte, für Klima und Bildung ist nicht der Markt sondern die Politik verantwortlich. Von Politikverantwortung findet man in der Schrift aber nur wenig. Sicher: Kommunalpolitiker („Die Rathauszocker“) werden kritisiert, Bundespolitiker auch, vornehmlich solche von der FDP und der CSU („Von Natur aus auf Widerspruch und Krawall fixiert“), Landespolitiker eher nicht. Gespannt ist man, was sie im Kapitel „Ein spektakuläres Krisenexempel: Die HSH Nordbank“ zur Krisenprävention der Eigentümer, zu denen sie als Ministerpräsidentin Schleswig-Holsteins 1993–2005 gehörte, zu sagen hat. Es ist nichts. Ihre Schweigsamkeit hier kontrastiert bemerkenswert zu ihrer Beredsamkeit in allen anderen Teilen des Buches.

Heftige Kritik („blanker Unsinn“, „Angstmacherei“) übt die Verfasserin an der 2009 in das Grundgesetz eingefügten Schuldenbremse. Sie befürchtet, dass damit die „Fähigkeit des Staates zum Gegensteuern in einer Finanz- und Wirt-



schaftskrise im Keime erstickt wird“. Sie scheint nicht zu wissen, dass sich das Verschuldungsverbot nur auf strukturelle, nicht jedoch auf konjunkturelle Defizite bezieht und damit das „Gegensteuern“ in keiner Weise behindert wird. Darüberhinaus bleibt selbstverständlich in „außergewöhnlichen Notsituationen“ Kreditaufnahme nach wie vor möglich. Man muss sicherlich nicht alles wissen, aber was die Schuldenbremse ist und was nicht, sollte eine ehemalige Finanzministerin und Ministerpräsidentin schon wissen.

Man fragt sich als Leser selbstverständlich, wie solche Ärgerlichkeiten in einen seriös daher kommenden Text hineingeraten. Die Antwort scheint mir darin zu liegen, dass die Autorin das Buch als politische Rede mit entsprechender Wahlkampfrhetorik konzipiert hat, nicht als eine um Objektivität bemühte Darstellung. Ihr Ziel ist Meinungsbildung

und Zustimmung, nicht Begründung und Aufklärung. Insofern mag meine Besprechung in dem Sinne „unfair“ sein, als ich, Wissenschaftler, der ich nun einmal bin, das Buch an Maßstäben messe, die der Autorin Unrecht tun, und die auch nicht die Maßstäbe eines jeden Lesers sind.

Was also ist mein Eindruck?

Leser, die weniger an einer systematischen, argumentativen als vielmehr an einer mosaikförmigen, emotionalen Schrift zur Finanzkrise und zu allerlei anderen Gebrechen der derzeitigen Wirtschaftsordnung interessiert sind, werden an dem Buch ihre Freude haben. Dies gilt insbesondere für jene Leser, die der politischen Orientierung der Autorin nahe stehen. Der reine Bücherfreund schließlich wird sich an der sehr ansprechenden äußeren Form, die der Verlag dem Buch gegeben hat, erfreuen können.

Für andere Leser ist das Buch eher enttäuschend: Von „profilierter Bestandsaufnahme“ kann keine Rede sein und der Faden ist mehr ein „roter“ Faden als ein „roter Faden“. „Pointierte politische Kritik“: Ja, die gibt es; sie ist das Thema des Buches. Zu einer profilierten Bestandsaufnahme hätte es gehört, dem Leser zu erklären, wie es dazu kommen kann, dass eine Immobilienkrise in den USA Bankenzusammenbrüche in Europa bewirken und selbst jene Banken infizieren kann, die überhaupt keine Immobilienpapiere haben. Verbriefungen, Bilanzierungsregeln und Haftungsgrundsätze wären etwa hier zu behandeln gewesen. Ebenfalls erklärungsbedürftig wäre der Sachverhalt gewesen, dass die öffentlich-rechtlichen Landesbanken, die unter politischem Einfluss stehen, sehr stark von der Krise betroffen waren, die „Deutsche Bank“ mit ihrem, des Renditewahns bezichtigten Vorstandsvorsitzenden Ackermann, hingegen kaum. Es hätte auch der Klarheit und Wahrheit gedient zu sagen, dass das im Buch pejorativ über „die Banken“ und „die Banker“ Gesagte für den größten Teil der auf dem deutschen Bankenmarkt, der bekanntlich von kommunalen und genossenschaftlichen Banken dominiert wird, Tätigen überhaupt nicht oder nur in geringem Umfang gilt.

Oft wird es dann, wenn es präzise werden muss, unklar oder widersprüchlich: Zu den Eigenkapitalanforderungen amerikanischer Banken heißt es beispielweise auf Seite 44, dass „früher“ pro 1 \$ Eigenkapital 4 \$ Fremdkapital, „heute“ 40 \$ Fremdkapital aufgenommen werden dürfen. Auf Seite 137 heißt es: „Es mag bei manchem die Luft wegbleiben, wenn er hört, dass sich US Banken im Schnitt 12 \$ für jeden \$ Eigenkapital geborgt haben.“ Warum einem bei 12 \$ die Luft wegbleiben soll, bei 40 aber nicht, will dem Leser nicht recht in den Kopf. Zumal dann nicht, wenn er sich ausrechnet, dass bei 12 \$ Fremdkapital pro Einheit Eigenkapital, die Eigenkapitalquote ca. 8% beträgt und diese Eigenkapitalquote nach dem Kreditwesengesetz einzuhalten den deutschen Banken jahrzehntelang aus guten Gründen vorgeschrieben war.

Wegen der nicht-chronologischen Vorgehensweise kommt es häufig zu Aussagen, die sich nahezu wortwörtlich auch an anderen Stellen finden. Hier macht sich ein Mangel an Sorgfalt bemerkbar. Dies gilt auch für das Kapitel „Weltweit im Fokus: USA und China“, in dem der Leser Ausführungen zu China erwartet, sich aber außer einem Halbsatz zu China nichts findet. Dafür lernen wir (S. 19) von Sarkozy, dass er „... im französischen Parlament die Sau raus und die Menschheit wissen ließ ...“ und von der Autorin, dass G-20 Gipfel vermutlich vor allem deshalb abgehalten werden, um „... eiteln kleinen Männern mit Minderwertigkeitskomplexen der besonderen Art eine Bühne zu bieten“.

Abschließend noch ein Wort zum allgegenwärtigen Feindbild der Autorin, der neoliberalen Wirtschaftspolitik, und ihrer vermeintlichen Konsequenz, dem verarmenden Staat. 1980, also noch zu Schmidt's Zeiten, vor der „Machtübernahme der Neoliberalen“ in Deutschland, betrug der Anteil der staatlichen Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) 24,5%, 2009, nach 30 Jahren neoliberaler Kälte, 23,4%. Der Anteil der Sozialausgaben am BIP sank im gleichen Zeitraum von 29,8% dramatisch auf 29,0%. Und der Anteil der staatlichen Ausgaben am BIP liegt 2009 bei 47,6%, nach 46,9% 1980. Damit wird heute wie damals nahezu die Hälfte des BIP über öffentliche Kassen verteilt und umverteilt. Dem Versuch, der herrschenden Marktwirtschaft in Deutschland den Charakter einer „Sozialen Marktwirtschaft“ abzuspochen, muss entschieden widersprochen werden. (khs)



**Hermann-Josef Bunte:**  
**AGB-Banken und**  
**Sonderbedingungen.**  
**Kommentar**

München: Verlag C.H. Beck, 2011.  
 3. Aufl., XXXIX, 872 S.  
 ISBN 978-3-406-61200-8  
 € 118,-

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) spielen eine wichtige Rolle im Bankrecht. Neben den gesetzlichen Regelungen bilden sie den Rechtsrahmen für

die einzelnen Bankgeschäfte. Man kann sogar sagen, dass das Bankvertragsrecht in wesentlichen Teilen AGB-Recht ist. Mit Hilfe von AGB können gleichartige Verträge typisiert und standardisiert werden; die Standardisierung bringt ne-

ben Rationalisierungseffekten auch Rechtssicherheit, weil die vertraglichen Inhalte in der Bank-Kunden-Beziehung transparenter werden. Der große Vorteil von AGB liegt in der hohen Flexibilität: Allgemeine Geschäftsbedingungen können zügig der fortschreitenden technischen Entwicklung angepasst werden und so diese Entwicklungen rechtlich begleiten, wozu starre gesetzliche Regelungen nicht oder nur mit großer Verzögerung in der Lage wären. Neben den Allgemeinen Geschäftsbedingungen gibt es im Bankrecht ca. 20 Sonderbedingungen (SB) für einzelne Geschäftsbeziehungen, vom Überweisungs-, Scheck-, Lastschrift- und Sparverkehr über das Online-Banking bis zu Bedingungen für die Vermietung von Schrankfächern. Da der Vertragsinhalt insoweit einseitig vom AGB-Verwender vorformuliert wird, besteht ein Schutzbedürfnis des Vertragspartners, dem mit einer Inhaltskontrolle der AGB entsprochen werden soll. Das Gleichgewicht zu finden zwischen den Interessen der Kreditinstitute an Standardisierung und Rationalisierung und den Schutzinteressen der Kunden, insbesondere gegen einseitige Risikoverteilungen, gehört zu den Aufgaben der Rechtsprechung und ist Gegenstand wissenschaftlicher Kontroversen in der Fachliteratur.

Der in der gelben Reihe des Beck-Verlags erscheinende handliche Kommentar zu den AGB der Kreditinstitute hat es in kurzer Zeit zu drei Auflagen gebracht. Dies erklärt sich zwar auch, aber nicht nur mit der rasanten Entwicklung im privaten Bankrecht und den dadurch notwendig gewordenen Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Ein weiterer Grund für den Erfolg des Werkes liegt sicherlich darin, dass es in eine der wenigen noch verbliebenen Marktlücken gestoßen ist und diese offensichtlich zur Zufriedenheit seiner Nutzer geschlossen hat. Der Autor, früher Professor an der Universität der Bundeswehr Hamburg und heute Rechtsanwalt in Hamburg, hat diesen Bereich auch im renommierten Bankrechtshandbuch<sup>1</sup> bearbeitet hat und kann daher als ausgewiesener Kenner der Materie gelten. Natürlich gibt es starke Überschneidungen zwischen den beiden Bearbeitungen, so dass sich die vorliegende Kommentierung teilweise wie eine Kurzfassung der Ausführungen im Bankrechtshandbuch liest. Die Anschaffung des Kleinkommentars lohnt sich schon wegen seiner Aktualität.

Die 3. Auflage geht auf die Änderungen der AGB und Sonderbedingungen ein, die durch die Umsetzung der EU-Zahlungsdiensterichtlinie und der EU-Verbraucherkreditrichtlinie in das deutsche Recht veranlasst sind. Diese hatten eine Neufassung zum 31.10.2009 nicht nur der AGB-Banken und AGB-Sparkassen zur Folge, sondern auch einer Reihe von Sonderbedingungen, insbesondere der Bedingungen für den Überweisungs- und den Lastschriftverkehr. Aber auch die Regelungen für die Bankkarte (SB girocard) und für das Online-Banking wurden neu gefasst. Im Hinblick auf die Vielzahl von Änderungen (nicht zuletzt wurde der Mechanismus zur Änderung von AGB geändert) bedarf die Notwendigkeit einer Neuauflage keiner weiteren Begründung.

Das in der 2. Auflage erarbeitete Konzept (dazu Schimansky, WM 2009, 1536) wurde für die Neuauflage beibehalten. Nach einem vollständigen Textabdruck der AGB-Banken folgen „Vorbemerkungen“, in denen Entstehung, Aufgabe und Bedeutung der AGB erläutert werden, aber auch der (nicht

<sup>1</sup> Bankrechts-Handbuch, herausgegeben von Schimansky/Bunte/Lwowski, Verlag C.H. Beck München 3. Aufl. 2007.